



Niederschrift

86. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.03.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	bis 19:00 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	bis 19:10 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Heinzel, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Schröder, Michael	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Buchholz, Stadtwerke Potsdam
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Ernst, Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Richter, KIS
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.03.2008
- 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3 Public Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0061
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4 Zukunftsschule - Stadtteilschule Drewitz "Am Priesterweg"
Vorlage: 08/SVV/0044
Fraktion SPD
- 5 Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) zum 31.12.2005
Vorlage: 08/SVV/0093
Oberbürgermeister, KIS
auch Werksausschuss KIS, FA
- 6 Enteignung Uferweg Griebnitzsee
Vorlage: 08/SVV/0108
Fraktion DIE LINKE
- 7 Tierheimbeirat
Vorlage: 08/SVV/0119
Fraktion DIE LINKE
- 8 Terrassenrestaurant Minsk
Vorlage: 08/SVV/0137
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 9 Besetzung der Stelle 906 000 20 Sachbearbeiter/in Wissenschafts-PR
Vorlage: 08/SVV/0288
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 10 Haushalt 2008
- 10.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 10.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

- 10.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 11 Altkleidersammlung in Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0200
Fraktion SPD
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Petitionen, jahresmäßige Zusammenfassung
Vorlage: 08/SVV/0131
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 13 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.03.2008

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung gibt es keine Änderungen oder Erweiterungen; die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 85. Sitzung vom 13.03.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650) Vorlage: 06/SVV/0894 Fraktion DIE LINKE. PDS

zu 3 Public Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 08/SVV/0061 Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zusammen zu behandeln erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend werden die 5 aus der letzten Sitzung vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsanträge, einschließlich der Stellungnahme der Verwaltung wie folgt diskutiert und abgestimmt:

1. Bezug nehmend auf die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses, den Beschlusstext der DS **08/SVV/0061** zu ergänzen, hatte Herr Exner eine dementsprechende Ergänzung des Beschlusstextes vorgeschlagen, die wie alle anderen Änderungen und Ergänzungen den Fraktionen zur Beratung vorlagen. Auf die Anmerkung von Herrn Schüler, dass der vorgeschlagene Text nicht exakt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses entspreche, erwidert Herr Exner, dass die von ihm vorgeschlagene Fassung korrekter formuliert sei und dem Anliegen des Rechnungsprüfungsausschusses entspreche.

Anschließend wird diese Textfassung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Für die unmittelbaren und mittelbaren Eigengesellschaften der Landeshauptstadt gilt ergänzend Folgendes:

Bei Unternehmen in privater Rechtsform ist durch Gesellschaftervertrag bzw. –satzung sicherzustellen, dass das Rechnungsprüfungsamt die in § 53 Abs. 1 und § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz normierten Prüfrechte wahrnehmen kann. Mit Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung ist § 96 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

2. Im Weiteren lag den Fraktionen der von Herrn Exner vorgeschlagene Änderungstext bzw. die Neufassung für die DS **06/SVV/0894** zur Beratung vor und der Oberbürgermeister bittet die Fraktion DIE LINKE um eine diesbezügliche Stellungnahme. Herr Dr. Scharfenberg signalisiert die Zustimmung unter der Maßgabe, dass die Anlagen eine gleiche Verbindlichkeit erhalten wie der Kodex selbst. Herr Exner verweist darauf, dass die durch Beschluss der StVV aufgenommene Ergänzung nur durch einen entsprechenden Beschluss wieder aufgehoben werden könne und dadurch die gleiche Verbindlichkeit erhalte wie der Kodex selbst. Darüber hinaus werde die Verwaltung die genannte Anlage bis zur Sitzung der StVV überarbeiten und ausreichen.

Abstimmung:

In der Anlage „Zielbild / Zielsystem ...“ zum Kodex soll die besondere Berücksichtigung des Gemeinwohlinteresses zum Ausdruck kommen, und zwar mit folgender Einleitung:

Während private Unternehmen ausschließlich marktorientiert auftreten, agieren öffentliche Unternehmen stärker im Spannungsfeld zwischen Markt, Politik und Öffentlichkeit.

Anstelle der Profitabilität wird von ihnen in erster Linie ein öffentlicher Auftrag erfüllt. Dabei liegt es im Gemeinwohlinteresse, dass die öffentlichen Unternehmen ihrem eigentlichen Zweck folgen. Andererseits sind die Eigentümer öffentlicher Unternehmen an effektiven Strukturen und an einer Rendite im Umgang mit knappen Ressourcen interessiert, sie sind nicht nur Gesellschafter, sondern auch Auftraggeber.

Die öffentlichen Unternehmen werden von der Geschäftsführung/ dem Vorstand/ der Werkleitung geleitet und - je nach Rechtsform - durch einen politisch bzw. administrativ besetzten Verwaltungs- oder Aufsichtsrat bzw. Werksausschuss

kontrolliert.

In den Gesellschafterversammlungen vertritt der Oberbürgermeister/ die Oberbürgermeisterin die Gemeinde, er/sie kann aber Beschäftigte mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauen.

Zudem obliegen bestimmte strategische Entscheidungen, wie z.B. Gründungen von städtischen Unternehmen und Anteilsan- und -verkäufe der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Auf Grund der größeren Anzahl an Akteuren bei öffentlichen Unternehmen besteht eine größere Gefahr der Intransparenz. Die Steuerung gestaltet sich daher häufig schwieriger als in der Privatwirtschaft. Entsprechend bedarf es hier besonders klarer, transparenter und effizienter Steuerungs- und Kontrollmechanismen.

Da die Beteiligungsunternehmen i. d. R. auf Grund ihres Unternehmenszwecks von herausgehobener Bedeutung für das Gemeinwohl sind und somit eine besondere Verantwortung tragen, leitet sich zugleich die Verpflichtung für die LHP ab, die politischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Tätigkeit dieser Unternehmen planmäßig und nachhaltig zu gewährleisten. Zu deren Umsetzung ist ein System, welches wechselseitige Informations- und Konsultationsbeziehungen von Beginn der Planung, der Durchführung bis hin zur Ergebnisdarstellung, aufzubauen. Hierbei soll gleichzeitig ein hohes Maß an Transparenz der jeweiligen Prozesse erreicht werden, was auch eine Nachvollziehbarkeit von bestimmten Entscheidungen in der Öffentlichkeit gewährleisten kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

3. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der Seite 11, Punkt 3.41, Abs. 2 die Formulierung bezüglich der Niedriglöhne zu verschärfen, schlägt die Verwaltung vor, im ersten Satz auf die „**Soll-Formulierung**“ zu verzichten, so dass der Satz lautet:

Dazu gehört auch, dass die Geschäftsführung ihre Möglichkeiten ausschöpft...“

Diese geänderte Formulierung wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

4. Bezüglich der Kritik der Fraktion DIE LINKE, dass die Formulierung zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer unbefriedigend sei, wird nach Rücksprache mit den Geschäftsführer Herrn Paffhausen, Herrn Grebner und Herrn Müller-Zinsius sowie auf der Grundlage des Beschlusses der StVV 05/SVV/0711 folgende Formulierung empfohlen (Seite 13, Punkt 3.43, Abs. 6):

Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung soll – soweit von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht wird – nach Fixum und leistungs- und erfolgsbezogenen Komponenten gegenüber den zuständigen Organen ausgewiesen werden. Bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die LHP mehrheitlich beteiligt ist, ist die Vergütung zeitgleich mit dem Beteiligungs- bzw. Konsolidierungsbericht im nicht öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung bekannt zu geben. Bei der Neu- oder Wiederbestellung von Geschäftsführern/

Geschäftsführerinnen hat/haben die Gesellschafterin/ die Gesellschafter auf die Aufnahme einer dahingehenden Verpflichtung in den Dienstvertrag hinzuwirken.

Herr Dr. Scharfenberg merkt zu dieser vorgeschlagenen Formulierung an, dass diese „meilenweit“ von dem Anliegen der Fraktion DIE LINKE entfernt sei, die eine ähnliche Regelung wie die für das Land Berlin fordere. Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass es damit rechtliche Probleme gebe, weil für eine Anwendung dieser Regelung die entsprechende Rechtsgrundlage fehle. Die habe das Land Berlin im Jahr 2005 für sich hergestellt. Das könne Potsdam nicht, weil der Kommune die Gesetzgebungshoheit fehle. Hier könne eine entsprechende Regelung nur in die Anstellungsverträge aufgenommen werden und das auch nicht rückwirkend und auch nicht ohne Zustimmung der Vertragspartner. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE auf ihren diesbezüglichen Änderungsantrag bestehe und dieser unter Berücksichtigung der Rechtslage umzusetzen sei. Dem entgegnet Herr Schubert, dass dieser Änderungsantrag, wenn er denn eine Mehrheit fände, gegen geltendes Recht verstoße und damit den Kodex insgesamt gefährde. Er fordert die Fraktionen auf, Änderungen nur dann zu beschließen, wenn sie rechtskonform seien. Daraufhin beantragt Herr Dr. Scharfenberg, dass im letzten Satz statt „hinzuwirken“ durch die Worte „aufzunehmen ist“ ersetzt wird. Darauf Bezug nehmend merkt Herr Schüler an, dass eine Formulierung zur Veröffentlichung der Bezüge aufgenommen werden müsse.

Der o.g. Formulierungsvorschlag zur Seite 13, Punkt 3.43, Abs. 6 wird unter der Maßgabe einer Präzisierung („aufzunehmen ist“ und Aufnahme einer Formulierung zur Veröffentlichung der Bezüge) zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

5. Zum Antrag der Fraktion Die Andere - DS 06/SVV/0499 – mit dem Wortlaut

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die VertreterInnen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Potsdam in den Aufsichtsgremien von städtischen Gesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung legen einmal jährlich nach Abschluss des Geschäftsjahres im nicht öffentlichen Teil einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft darüber ab, wie sich ihre Tätigkeit in den Aufsichtsgremien im Allgemeinen gestaltete und wie sie die an sie erteilten Aufträge der Stadtverordnetenversammlung in den Aufsichtsgremien umgesetzt haben.

wurde im Ergebnis der Diskussion darüber Einigung erzielt, diesen Antrag in die weitere Diskussion des Public Governance Kodex einzubeziehen. Hierzu, so Herr Exner, sichere die Kommunalverfassung zwar das Auskunftsrecht für die Stadtverordnetenversammlung zu, demgegenüber stehe jedoch das Gesellschaftsrecht mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen zur Verschwiegenheit. Herr Krause empfiehlt in der sich anschließenden Diskussion, im vorletzten Satz das Wort „Aufträge“ zu streichen, da die Stadtverordnetenversammlung den Aufsichtsratsmitgliedern nur Empfehlungen geben könne. Darüber hinaus habe er Bedenken zur praktischen Umsetzung des Anliegens der Fraktion Die Andere, denn wenn man sich vorstelle, dass jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied berichten solle, müsse es bei der Vielzahl der Aufsichtsräte und ihrer Mitglieder wohl eine Extra-Sitzung nur für dieses Anliegen geben. Herr Schliepe schlägt daraufhin statt „Aufträge“ als geänderte Formulierung vor „wie Beschlüsse der StVV in den Aufsichtsräten umgesetzt werden“. Für die Form der Berichterstattung werde

man sicher Möglichkeiten finden, so wie für viele andere Berichterstattungen auch. Bezüglich der Ausführungen von Herrn Exner zur Verschwiegenheitspflicht verweist er auf die §§ 394 und 395 des Aktiengesetzes, welche diesbezüglich Möglichkeiten zu Berichten in Gremien eröffnen würde.

Herr Schüler merkt an, dass er die Formulierung zur „Rechenschaftspflicht“ als problematisch empfinde, weil das bedeute, dass jeder Stadtverordnete, der in einem Aufsichtsrat tätig sei, sein Abstimmungsverhalten erläutern und begründen müsse. Das sollte in eine Berichterstattung der Aufsichtsräte geändert werden, denn diese haben eine Informationspflicht. Herr Krause betont in seinen Ausführungen, dass eine Information unmittelbar und sofort erfolgen müsse und er sich deshalb frage, was dann noch am Jahresende zu berichten sei. Darüber hinaus sei der Aufsichtsrat ein Organ und habe als solches die Beschlüsse der StVV umzusetzen. Wie soll da jeder Einzelne die Beschlussumsetzung einschätzen und Stellung nehmen? Herr Mühlberg führt aus, dass der Kodex ein Grundsatzpapier sei, in das keine Details gehörten. Darüber hinaus sei die Nichtöffentlichkeit für alles, was auf Papier gedruckt werde, nicht vollständig zu gewährleisten.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, den Antrag weiter zurückzustellen und dem Arbeitskreis Beteiligungssteuerung zu übergeben, der sich demnächst konstituieren werde. In der Sitzung des Arbeitskreises sei das Anliegen als Auftrag zu formulieren, um auch die gewünschten Effekte zu erzielen. Dieser Vorschlag, so Herr Schliepe, sei für ihn problematisch, da der Kodex bereits seit zwei Jahren diskutiert werde und das Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Gremien regeln solle. Er befürchte, dass das Anliegen bei einer weiteren Zurückstellung „untergehe“ und der Stellenwert des Anliegens „geringer“. Aus der Diskussion gebe es bereits mehrere Anregungen für Formulierungsänderungen, die es ermöglichen sollten, einen Formulierungsvorschlag zu finden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass eine Rücksprache der Fraktion Die Andere mit dem Bereich Beteiligungssteuerung hilfreich sei, um eine Formulierung zu finden, die auch praktikabel sei und dann müsse diese Änderung in der Sitzung der StVV diskutiert werden. Im Weiteren wird dahingehend Einigung erzielt, dass nach Rücksprache mit der Fraktion Die Andere möglichst bis zu den Fraktionssitzungen am Montag ein neuer Formulierungsvorschlag vorliegt.

Dem Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, im Rahmen des Beteiligungsberichtes zum Kodex Stellung zu nehmen, stimmt Herr Exner zu.

Der Oberbürgermeister stellt die DS 08/SVV/0061 mit den 4 bereits angenommenen Änderungen und der Maßgabe vorzulegender Formulierungsvorschläge zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4 Zukunftsschule - Stadtteilschule Drewitz "Am Priesterweg"

Vorlage: 08/SVV/0044

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert über die Voten der Ausschüsse für Finanzen, Gesundheit und Soziales, Bildung und Sport sowie des Jugendhilfeausschusses, die alle dem Antrag zugestimmt haben, allerdings mit einer geänderten Terminstellung. Da die Terminänderung „Juni 2008“ von den Ausschüssen favorisiert werde, schlägt er vor, diese zu übernehmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für eine Stadtteilschule Drewitz am Standort der Grundschule „Am Priesterweg“ zu entwickeln. Dabei soll das Schulgebäude neben der Funktion als schulisches Ausbildungsgebäude die Funktion als Stadtteil-Begegnungszentrum übernehmen.

An der konzeptionellen Entwicklung sind neben der Schulkonferenz der Grundschule „Am Priesterweg“ auch die vor Ort tätigen Träger und die Wohnungswirtschaft zu beteiligen.

Die Erarbeitung soll verwaltungsintern durch eine geschäftsbereichübergreifende Arbeitsgruppe erfolgen, der neben den Fachbereichen Schule, Sport, Kultur, Jugend und Soziales auch der KIS angehört.

Zur Finanzierung soll das Programm „Soziale Stadt“ sowie private Initiativen, wie das Projekt „Zukunftsschule“ des Bauunternehmens „Hochtief“ geprüft werden.

Ein erster Zwischenbericht ist der Stadtverordnetenversammlung im **Juni 2008** zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5 Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) zum 31.12.2005

Vorlage: 08/SVV/0093

Oberbürgermeister, KIS

Der Oberbürgermeister informiert über die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen. Der Werksausschuss KIS werde die DS erst in seiner nächsten Sitzung am 10.04.08 beraten.

Anschließend beantwortet Herr Exner die Nachfragen von Herrn Schliepe, warum der Jahresabschluss erst jetzt vorgelegt und der Jahresüberschuss auf die neue Rechnung übertragen werde. Herr Exner verweist darauf, dass der KIS erst 2005 gegründet wurde und die Erstellung des ersten Jahresabschlusses mit dem Projekt Doppik zusammenfiel, was nicht einfach zu meistern war. Der Jahresüberschuss sei für eine angemessene Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes erforderlich und werde deshalb auf die neue Rechnung vorgetragen, um so weiterhin bestehende Risiken aus der Bewirtschaftung der Liegenschaften, die sich aus Verkehrssicherungspflichten und dem bestehenden Instandhaltungs- und Sanierungsstau ergeben, sowie bestehenden und zukünftigen Kreditverpflichtungen Rechnung zu tragen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu möge beschließen:

1. Die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) zum 01.01.2005 wird gemäß § 27 der Eigenbetriebsverordnung in Analogie mit § 242 Ziff. 1 HGB festgestellt.
2. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) zum 31.12.2005 wird gemäß § 7 Ziff. 4 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

3. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
4. Der Jahresüberschuss in Höhe von 549.839,65 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 6 Enteignung Uferweg Griebnitzsee
Vorlage: 08/SVV/0108
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg führt Bezug nehmend auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion SPD aus, dass dieser das „klare Anliegen“ des Antrages der Fraktion DIE LINKE „verwässere“ und demzufolge abzulehnen sei. Im Weiteren fordert er, den an ihn herangetragenen Vorwurf, der Antrag widerspreche geltendem Recht, an Hand des Beschlusstextes konkret nachzuweisen. Dem vorliegenden Ergänzungsantrag der Fraktion CDU mit dem Wortlaut:

Vor Einleitung eines Enteignungsverfahrens ist die Zustimmung des Hauptausschusses einzuholen.

könne seitens seiner Fraktion gefolgt werden.

Herr Schubert bringt den Änderungsantrag der Fraktion SPD mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Zwecke der Sicherung der durchgängigen öffentlichen Nutzbarkeit des Uferweges am Griebnitzsee unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung der Vorgaben aus dem Bebauungsplan Nr. 8 fortzuführen. Hierbei hat er zunächst sämtliche Möglichkeiten einvernehmlicher Regelungen mit den Grundstückseigentümern auszuschöpfen. Bei freihändigen Ankäufen von Grundstücken, der Ausübung von Vorkaufsrechten bzw. im Falle erforderlicher Enteignungen wird der Oberbürgermeister den Hauptausschuss über die Höhe der damit verbundenen Aufwendungen unter Angabe des betroffenen Grundstückes und der Grundstücksgröße in nicht öffentlicher Sitzung in Kenntnis zu setzen.

Dieser zeige einen konkreten Weg zur Lösung des Problems auf und sehe in einem Enteignungsverfahren ein letztes Mittel zur Sicherung des Uferweges. Der Änderungsantrag der Fraktion CDU könne mit übernommen werden.

Obwohl die Fraktion CDU sich mit einem Änderungsantrag für das Anliegen positioniert habe, so Herr Näder, werde er gegen den Antrag stimmen, denn er meine, dass der so genannte „Postenweg“ mehr Sensibilität erfordere und durch eine Enteignung die Geschichte wiederholt werde. Wenn überhaupt, dann sei der Antrag der Fraktion SPD der kompromissvollere. Herr Schüler betont, dass es am besten wäre, ein derartiger Antrag sei nicht nötig und die Gespräche werden weitergeführt. Auch er befürworte eher den SPD-Änderungsantrag, da er die Enteignung nicht so stark betone. Dem schließt sich Herr Buchholz an und meint, dass der SPD-Änderungsantrag alle Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dies werde die Fraktion BürgerBündnis immer unterstützen. Bezüglich der Abstimmung der vorliegenden Anträge werde er sich jedoch der Stimme enthalten.

Herr Schubert empfiehlt, den Antrag zurückzustellen und keine „Kampfabstimmung“ mit einer evtl. knappen Mehrheit herbeizuführen. Die Fraktionen SPD und DIE LINKE sollten nach einer gemeinsamen Formulierung suchen und nicht „denen in die Hände spielen“, die den Uferweg nicht wollten. Auch er wolle keine „künstlichen Streitfelder“ aufmachen, so Herr Dr. Scharfenberg. Trotz schlechter Voraussetzungen für einen Dialog könne eine gemeinsame Textfassung erarbeitet werden; allerdings nicht mit den „weichgespülten“ Formulierungen aus dem SPD-Änderungsantrag. Die in der Diskussion geäußerten Unterstellungen, hier „inquisitorisch“ handeln zu wollen, weise er entschieden zurück.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass er die Sorge habe, der Beschlusstext der Fraktion DIE LINKE bringe das Ganze um eine wichtige Wirkung, nämlich die, Gespräche führen zu wollen. Die Stadt wolle verhandeln und Konsens erzielen sowohl mit dem Bund als auch mit den Eigentümern. Wenn dieser mit einem großen Teil der Eigentümer erzielt werde, habe das eine entsprechende Wirkung auf die anderen. Dieser Verhandlungswille müsse im Vordergrund stehen, denn das habe auch eine öffentliche Wirkung für die Stadt, die nicht in die „Schlagzeilen“ geraten dürfe. Da diese Einigung auf vertraglicher Grundlage im Antragstext der Fraktion DIE LINKE „zu kurz“ komme, spreche auch er sich für eine Verständigung zwischen den Fraktionen aus und plädiere für eine Zurückstellung des Antrags. Herr Schüler betont, dass er keinen Grund für die „Demonstration“ möglicher Instrumente sehe, die in der Sache zwar möglich seien, aber das auch ohne Antrag und Beschlussfassung.

Gegen die **Zurückstellung** des Antrags erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7

Tierheimbeirat

Vorlage: 08/SVV/0119

Fraktion DIE LINKE

Ea Fraktion Grüne/ B 90

Zum vorliegenden Antrag nimmt Herr Ernst Stellung und führt aus, dass der Betreibervertrag mit dem Tierschutzverein gekündigt sei und es damit auch keine Grundlage mehr für die Arbeit des Tierheimbeirates gebe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die im § 12 Abs. 1 des Betreibervertrages enthaltene Regelung, dass zur Unterstützung der Tierheimleitung ein Tierheimbeirat gebildet werden solle. Jetzt gebe es einen neuen Vertrag mit dem Pfötchenhotel und in diesem müsste nun der Tierheimbeirat vertraglich neu geregelt werden. Der im Punkt 2 des Antrags vorgeschlagenen fachlichen Begleitung des Ausschreibungs-, Auswahl- und Vergabeverfahrens zum Neubau eines Tierheims könne die Verwaltung ebenfalls nicht folgen, das dies zum einen ausschließlich Sache der Verwaltung sei und zum anderen den Tierschutzverein als eventuellen Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens bevorzugen. Herr Schüler schließt sich dem an und meint, dass der Antrag nicht zustimmungsfähig sei, da der Tierheimbeirat mit Kündigung des Vertrages nicht mehr existiere. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 gelte auch nur für den Fall, dass die DS eine Mehrheit finden werde.

Frau Knoblich schließt sich ebenfalls den Ausführungen der Vorredner an und betont, dass Herr Dr. Grittner von der Fraktion DIE LINKE bei einer Zusammenkunft ebenfalls angemerkt habe, dass der Tierheimbeirat nicht mehr existiere und somit könne dem Antrag auch nicht zugestimmt werden.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die Diskussion „amüsant“ finde, da der Antrag genau auf dieses Problem aufmerksam mache, dass der Tierheimbeirat keine Grundlage mehr habe und diese mit der Beschlussfassung der o. g. DS geschaffen werden solle. Dann, so der Oberbürgermeister, gehe es um die Neugründung des Tierheimbeirates und der Antragstext müsse entsprechend geän-

dert werden, um das klarzustellen. Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, dass die Verwaltung in Rücksprache mit der Fraktion DIE LINKE einen entsprechenden Vorschlag unterbreite, der in der Sitzung der StVV am 02.04.08 zur Abstimmung gestellt werden könne.

Herr Schubert meint, man dürfe nicht fortsetzen, was nicht existiere und bittet in diesem Zusammenhang zu klären, ob der Tierschutzverein weiterhin Mitglied im Tierheimbeirat bleiben solle oder nicht. Herr Krause macht darauf aufmerksam, dass das Mitwirkungsrecht eines Tierheimbeirates in Form der Beratung und Information bereits Bestandteil der Ausschreibung für das neue Tierheim sein müsse, um das gegenüber der neuen Tierheimleitung zu sichern.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 8 **Terrassenrestaurant Minsk**
Vorlage: 08/SVV/0137
Fraktion BürgerBündnis/FDP

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Im Zuge der Sanierung des Geländes am Brauhausberg ist durch die Stadtwerke Potsdam ein wirtschaftliches Nachnutzungskonzept für das Terrassenrestaurant Minsk zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltungen: 4

zu 9 **Besetzung der Stelle 906 000 20 Sachbearbeiter/in Wissenschafts-PR**
Vorlage: 08/SVV/0288
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg, was die Stadt sich von dieser Stelle verspreche und die von Frau Dr. Schröter, warum nur 20 Wochenstunden und keine höhere Eingruppierung vorgesehen seien.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Sachbearbeiter/in Wissenschafts-PR Kennziffer: 906 000 20 Entgeltgruppe E 10 TVöD/TVÜ-VKA (vergleichbar mit Vergütungsgruppe IV a Fg 1 a BAT-O) befristet für 2 Jahre und mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden wird extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 10 **Haushalt 2008**

zu 10.1 **Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011**
Vorlage: 08/SVV/0160

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

zu 10.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 08/SVV/0161

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

zu 10.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009

Vorlage: 08/SVV/0162

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Eingangs erläutert Herr Jetschmanegg an Hand visueller Darstellung die Konten aus dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, bei denen es im Vergleich zum Vorjahr Veränderungen gegeben habe. Anschließend beantwortet der Oberbürgermeister die Nachfragen von Herrn Schüler, ob in der Planung des Produkts StVV die höhere Anzahl der Stadtverordneten und die geänderten Voraussetzungen für die Fraktionsbildungen berücksichtigt wurden, von Frau Dr. Müller zu den Hintergründen der Personalkostensenkung im Bereich Wirtschaftsförderung, von Frau Dr. Schröter zum gleichen Thema, den Bereich Marketing betreffend, und von Herrn Dr. Scharfenberg zum Repräsentations- und zum Verfügungsfond des Oberbürgermeisters.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Informationen und Darstellungen schriftlich zur Verfügung zu stellen und den Haushalt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen. Dies werde ebenso in die Tagesordnung aufgenommen, wie die Liste der Bürgerinnen und Bürger, so der Oberbürgermeister.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg, die Anregung des Ausschusses für Finanzen, die Beschlussfassung zur Haushaltssatzung zu verschieben und dazu eine Sondersitzung in der zweiten Maihälfte einzuberufen bzw. erst im Juni zu beschließen, in den Fraktionen zu prüfen. Dies begründe sich darin, dass seiner Meinung nach das Zeitregime bis 07. Mai nicht zu schaffen sei.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass die Chancen für eine schnelle Genehmigung des Haushalts durch das Innenministerium nur mit einer frühestmöglichen Beschlussfassung gesichert seien. Herr Schubert schließt sich dem an und empfiehlt, die Zielstellung 07. Mai zu halten.

zu 11 Altkleidersammlung in Potsdam

Vorlage: 08/SVV/0200

Fraktion SPD

Frau E. Müller informiert, dass diese Leistung vor kurzem neu ausgeschrieben worden sei und der Vertrag bis Februar 2011 laufe. Deshalb könne dem Antrag nicht gefolgt werden. Herr Schubert merkt an, dass der Antrag im Geschäftsgang bleiben, modifiziert und dann auch abgestimmt werden solle, um eine erneute Antragstellung vor Auslaufen des Vertrags zu vermeiden. Frau Dr. Schröter fragt, ob eine wie im Antrag geforderte Neuausschreibung nicht die logische Folge sei, wenn ein Vertrag auslaufe. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es darum gehe, das Qualitätsmerkmal der kostenfreien Abgabe in die Ausschreibung aufzunehmen. Auf die Nachfrage von Herrn Mühlberg, ob es überhaupt Anbieter gebe, die die geforderten Kriterien erfüllen, antwortet Herr Ernst, dass er befürchte diese gebe es nicht und es werde schwierig, für eine kostenfreie Abgabe von Altkleidern Bieter zu finden. Darauf Bezug nehmend empfehlen Herr Dr. Scharfenberg und Herr Krause, den Antrag zurückzuziehen bzw. abzulehnen. Dem Vorschlag von Herrn Schüler, den Antrag **zurückzustellen**, da noch zu viele Fragen offen seien, schließt sich Herr Schubert namens der Antragstellerin unter der Maßgabe, eine modifizierte Fassung vorzulegen, an.

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

zu 12.1 Petitionen, jahresmäßige Zusammenfassung

Vorlage: 08/SVV/0131

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg merkt zur vorliegenden Mitteilungsvorlage an, dass er wie in jedem Jahr die Anzahl der Petitionen anzweifeln und sich ihm die Frage stelle, wie zuverlässig es ist, dass Petitionen auch als solche erfasst werden. Er verweist darauf, dass es ein zentrales System der Erfassung von Petitionen früher gegeben habe, was seiner Meinung nach auch seinen Grund hatte. Herr Exner entgegnet, dass im Rechtssystem der Bundesrepublik Petitionen einen anderen Stellenwert haben als zu DDR-Zeiten. Er empfehle in erster Linie die rechtlichen Möglichkeiten, wie den Widerspruch zu nutzen und nicht die Petitionen. Anschließend beantworten Frau E. Müller und Frau Fischer die Nachfragen zu einigen der aufgeführten Petitionen.

zu 13 Sonstiges

Frau Dr. Schröter fragt, wann die Ausschreibung der Stelle des Direktors des Potsdam-Museums erfolge. Frau Fischer antwortet, dass es derzeit noch verwaltungsinterne Abstimmungen gebe, die z.B. die Stellenbewertung und die Arbeitsplatzbeschreibung betreffen. Ziel sei es, die Stelle nach der Sommerpause zu besetzen. Der Oberbürgermeister sagt zu, die Stellenausschreibung dem Hauptausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die diskutierte Wohnungsbauförderung Potsdams durch die Landesregierung und fragt den Oberbürgermeister, ob er die für Potsdam zuständigen Landtagsabgeordneten einladen werde, um für die besondere Situation der Landeshauptstadt zu werben, da es hierzu scheinbar sehr unterschiedliche Auffassungen gebe. Diese Einladung, so der Oberbürgermeister, werde es auf jeden Fall geben und sei willkommener Anlass, die spezifische Situation in der Landeshauptstadt zu beraten. Mitte des Jahres liege das wohnungspolitische Konzept vor, so dass er in den nächsten Monaten eine entsprechende Einladung aussprechen werde.

Eine weitere Frage bezieht Herr Dr. Scharfenberg auf den Beschluss der StVV DS 07/SVV/0545 vom 10.10.07 zum Schwachlastticket. Dieser Beschluss sollte mit dem Fahrplanwechsel im Frühjahr 2008 realisiert werden, was aber nicht geschehen sei. Er wolle von Herrn Exner wissen, warum der genannte Beschluss ignoriert worden sei.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen Sachverhalt zu prüfen und in der nächsten Hauptausschusssitzung darüber zu informieren.

Bezug nehmend auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts zu Trink- und Abwasserbeiträgen fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob es richtig sei, dass dieses Urteil für die Stadt Potsdam nicht zutreffe. Dies, so Frau Dr. von Kuick-Frenz, sei differenziert betrachtet richtig.

Der Oberbürgermeister schlägt auch hierzu eine Information in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vor.